

Antrag 132/II/2025

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Resolution: Das Klima nicht den Faschos überlassen: Für eine queerfeministische, antirassistische und antiklassistische Klimapolitik

1 Die Klimakrise bedroht Lebensgrundlagen weltweit und
 2 verschärft dabei bestehende Ungleichheiten drastisch. Es
 3 braucht dringend linke Antworten und eine Klimapoliti-
 4 tik, die (queer)feministisch, antifaschistisch, antirassis-
 5 tisch, internationalistisch, antiklassistisch und diskrimi-
 6 nierungssensibel handelt.

7
 8 Wenn wir nicht entsprechende politische Maßnahmen
 9 umsetzen, überlassen wir ökologische Fragen denjeni-
 10 gen, die autoritäre, rassistische und menschenverachtenden
 11 de Ansätze verfolgen. Ökofaschistische Narrative nutzen
 12 Natur- und Heimatideologien, um Ungleichheit zu rechtfertigen und blenden die Verantwortung kapitalistischer,
 14 rassistischer und patriarchaler Strukturen aus.

15

16 Gegen Ökofaschismus und rechte Narrative

17 Ökofaschismus ist nicht nur ein polemischer Kampfbe-
 18 griff gegen pro-ökologische Positionen, sondern spiegelt
 19 vielmehr seit Anfang der 2010er Jahre ein größer werden-
 20 des Phänomen wider, welches über die bloße Klimawan-
 21 delleugnung von rechten Parteien hinausgeht. Völkisch-
 22 ökologisches Gedankengut findet sich unter anderem
 23 in den politischen Manifesten von Rechtsterrorist*innen
 24 wie den Tätern von Utøya und Christchurch wieder. Dies
 25 schafft eine Kontinuität mit der Blut-und-Boden-Ideologie
 26 und der Verehrung des ergebundenen Volkes in der na-
 27 tionalistischen und späteren nationalsozialistischen Ideo-
 28 logie. Zeitgenössische Öko- und Endzeitfaschist*innen se-
 29 hen Grenzen als Trennlinie zwischen denen, die Schutz
 30 verdienen, und denen, die in sogenannte Opferzonen ge-
 31 hören. Rechte Bewegungen versuchen zunehmend, die
 32 Klimakrise für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und
 33 ökologische Themen zu vereinnahmen. Sie propagieren
 34 Abschottungspolitik, autoritäre Kontrollmaßnahmen in
 35 den Bereichen Migration und Reproduktion und verbrei-
 36 ten verschwörungsiedologische Deutungen zu Klimaka-
 37 tastrophien unter dem Deckmantel des sogenannten Na-
 38 turuschutes. Das stellt eine extreme und reale Gefahr für
 39 marginalisierte Gruppen dar, wird aber politisch kaum
 40 adressiert, wodurch sich rechtsextreme Umweltnarrative
 41 gesellschaftlich festsetzen können.

42

43 Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitsfrage

44 Unser Anspruch ist es, Klimapolitik mit einer klaren Per-
 45 spektive auf Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität
 46 zu gestalten und bestehende Diskriminierungsstrukturen
 47 zu dekonstruieren. Wer über Klimagerechtigkeit spricht,

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 muss soziale Fragen, Machtverhältnisse und Umvertei-
49 lung in den Blick nehmen. Stattdessen erleben wir eine Po-
50 litik, die patriarchale, koloniale und kapitalistische Struk-
51 turen forschreibt und so die Ursachen der Klimakrise, ins-
52 besondere auch global, reproduziert.

53

54 Die Klimakrise trifft Menschen ungleich: FINTAs, quee-
55 re Personen, BIPOCs, Menschen mit Behinderung, woh-
56 nungslose Menschen und einkommensarme Haushalte
57 tragen die größten Belastungen und sind von den Fol-
58 gen der Klimakrise überproportional betroffen – sei es
59 durch Energiearmut, unsichere Arbeitsbedingungen, pre-
60 kären Wohnverhältnissen oder erhöhte Gewalt in Krisen-
61 situationen. Klimapolitik, die diese Ungleichheiten nicht
62 aktiv bekämpft, reproduziert bestehende Diskriminierun-
63 gen.

64

65 Ob in heißen, dicht bebauten Stadtteilen, in Sammel-
66 unterkünften oder in prekären Jobs: Es braucht speziel-
67 le Hitze- und Kälteschutzpläne für Schulen, Kitas, Pfle-
68 geheime, Sammelunterkünfte, auf Baustellen und in an-
69 deren vulnerablen Bereichen anstelle einer Klimapolitik
70 auf den Kosten prekär Beschäftigter und wohnungsloser
71 Menschen. Gleichzeitig müssen wir es verhindern, dass
72 soziale Gerechtigkeit als Vorwand und Verzögerungsstra-
73 tegie gegen das Handeln missbraucht wird und Klima-
74 schutz nicht als Gegensatz zur sozialen Gerechtigkeit dar-
75 gestellt wird. Längerfristige Kosten und Verteilungseffek-
76 te dürfen nicht zugunsten der Kurzfristigen herunterge-
77 spielt werden.

78

79 **(Queer)feministische Perspektive**

80 Klimapolitik darf nicht geschlechtsneutral gedacht wer-
81 den. FINTA-Personen leisten den Großteil unbezahlter Sor-
82 gearbeit, die mit den Folgen der Klimakrise noch weiter
83 zunehmen wird, arbeiten überdurchschnittlich oft in pre-
84 kären und vom Klimawandel besonders betroffenen Be-
85 rufen und haben gleichzeitig weniger Zugang zu Ressour-
86 cen, die eine individuelle Bewältigung von Klimafolgen er-
87 leichtern.

88

89 Ohne feministische Perspektiven droht die Klimakrise, al-
90 te Ungleichheiten zu verfestigen oder gar zu verschär-
91 fen. Eine gerechte Klimapolitik erkennt an, dass soziale
92 und ökologische Transformation nur gelingt, wenn sie ge-
93 schlechtergerecht gestaltet wird.

94

95 Auch von Naturkatastrophen, deren Häufigkeit durch die
96 Klimakrise zunehmen wird, sind Frauen meist stärker be-
97 troffen, weil sie ihnen aufgrund ihrer gesellschaftlichen
98 Rolle stärker ausgesetzt sind. So waren beispielsweise bei
99 dem Tsunami, der 2004 Südostasien verwüstete, über 70%
100 der Todesopfer Frauen.

101

102 Nicht nur, aber besonders in Krisensituationen ist die re-
103 produktive Gesundheit von FINTAs gefährdet und einge-
104 schränkt. Wir dürfen nicht zulassen, dass gesellschaftliche
105 Probleme gegeneinander ausgespielt werden, weil ver-
106 meintlich "wichtigere" Krisen und Probleme in den Vor-
107 dergrund gestellt werden und die Klimakrise so eine zu-
108 sätzliche Gefahr für die sexuelle und reproduktive Selbst-
109 bestimmung wird.

110

111 Dafür braucht es systematische Instrumente: verbindli-
112 che Folgenabschätzungen, gerechte Infrastrukturplanung
113 und echte Beteiligung von FINTA-Personen. Nur so wird
114 aus der Klimakrise auch eine sozial gerechte Transfor-
115 mation, die niemanden zurücklässt.

116 Alle klima- und umweltpolitischen Gesetze, Programme,
117 Investitionen und Planungen sollen verpflichtend auf ihre
118 geschlechterspezifischen Auswirkungen geprüft werden.
119 Die Ergebnisse dieser Prüfungen müssen öffentlich ein-
120 sehbar und Grundlage politischer Entscheidungen sein.
121 Gleichstellungsstellen und Fachverbände, wie beispiele-
122 weise Frauenhäuser oder FINTA-Organisationen, müssen
123 frühzeitig in Gesetzgebungs- und Planungsverfahren ein-
124 bezogen werden.

125 Darüber hinaus bestärken wir erneut unsere Forderung
126 nach einer feministischen Stadtentwicklung in Bezug auf
127 Klimaanpassungsmaßnahmen und einer feministischen
128 Mobilitätswende. Dazu gehören unter anderem beleuch-
129 tete Fuß- und Radwege mit Rücksicht auf nächtliche Si-
130 cherheit und Barrierefreiheit, ein verlässlicher, bezahl-
131 barer und flächendeckender ÖPNV sowie flexible Halte-
132 stellenkonzepte, Nacht Fahrpläne und Transportmöglich-
133 keiten mit Kinderwagen oder Gepäck. Klimaanpassungs-
134 maßnahmen in der Stadtentwicklung und Verkehrspla-
135 nung müssen intersektional gedacht werden, da auch äl-
136 tere Frauen, Menschen mit Behinderungen oder quee-
137 re FINTA-Personen besonders von Mobilitätsungleichheit
138 betroffen sind.

139 Zudem müssen wir Paritätsregelungen in allen klima- und
140 umweltpolitischen Beiräten, Kommissionen, Räten und
141 Gremien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene
142 durchgesetzt werden. Unterstützt wird außerdem die Ein-
143 richtung eines feministischen Klimarats auf Bundesebe-
144 ne, der Politik und Verwaltung berät. Dieser Rat soll in-
145 terdisziplinär besetzt sein – mit Fachmenschern aus Wis-
146 senschaft, Aktivismus, Gewerkschaften und Praxis. Dar-
147 über hinaus sollen FINTA-Personen gezielt für Karrieren
148 in Umweltwissenschaften, Klimapolitik und Green-Tech-
149 Branchen gefördert werden, unter anderem durch Stipen-
150 dien, Mentoring, Fortbildungen und gezielte Anreizpro-
151 gramme.

152

153 (Queer)feministische Klimapolitik bedeutet daher: ge-

154 rechte Verteilung von Care-Arbeit, konsequenter und bar-
155 rierefreier Kälte- und Hitzeschutz sowie entsprechende
156 Schutzzäume, die die Bedarfe von queeren Menschen, und
157 FINTAs, insbesondere auch trans, inter und nicht binä-
158 ren Personen berücksichtigt. Klimapolitik muss Körper-
159 vielfalt, geschlechtliche Selbstbestimmung und sichere
160 Räume aktiv mitdenken.

161

162 Dabei müssen immer auch Aspekte von intersektionaler
163 Diskriminierung berücksichtigt werden.

164

165 Auch in der internationalen Klimapolitik, beispielsweise
166 im Intergovernmental Panel on Climate (IPCC) oder auf
167 der Klimakonferenz COP muss die Teilnahme von FINTA
168 gerade in Entscheidungspositionen gezielt gefördert wer-
169 den.

170

171 **Antirassistische und antiklassistische Dimensionen**

172 Klimapolitik, die nicht antirassistisch ist, ist keine gerech-
173 te Politik und kann der Klimakrise langfristig nichts ent-
174 gegesetzten. Der Kampf gegen die Klimafolgen muss
175 mit dem Kampf gegen Rassismus, Armut und Ausbeutung
176 verbunden werden. Rassistische Narrative, wie der Dis-
177 kurs der vermeintlichen Überbevölkerung, werden zum
178 Teil auch durch prominente westliche Klimaaktivist*innen
179 und -organisationen salonfähig gemacht. Diese schüren
180 Verwirrung zwischen Gesamt- und Pro-Kopf-Emissionen
181 und leugnen die aktuelle und historische Verantwortung
182 Deutschlands als Großemittent*in. Dekoloniale und an-
183 tirassistische Klimabildung muss migrantische, postkolo-
184 niale und queere Perspektiven sichtbar machen und ihnen
185 Raum in politischen Prozessen geben. Nur so kann Klima-
186 politik verhindern, selbst Teil der Unterdrückung zu wer-
187 den.

188

189 Klimaschutz ist Klassenkampf: Von Armut betroffene Per-
190 sonen leiden unter den Folgen der Klimakrise, aber auch
191 unter den Ansätzen einer Klimapolitik, die prekär Beschäfti-
192 tigte, Mieter*innen und einkommensarme Haushalte zu-
193 sätzlich belastet und keine umfassende Umverteilung in
194 den Bereichen Steuern, Vermögen und öffentlicher Da-
195 seinsvorsorge vorsieht. Maßnahmen wie ein sozial ge-
196 rechtes Klimageld müssen insbesondere deswegen in den
197 breiten politischen Fokus rücken und mit Nachdruck ver-
198 folgt werden.

199

200 Dennoch dürfen wir nicht zulassen, dass das Bessere zum
201 Feind des Guten wird. Wir müssen unverhältnismäßige
202 Vorsicht bei der Festlegung ambitionierter klimapoliti-
203 scher Ziele vermeiden. Wir haben nicht genug Zeit, um
204 perfekte Lösungen zu finden, sondern müssen nach bes-
205 ten Kräften handeln, um echte Emissionsreduktionen zu
206 erreichen. Dabei dürfen wir den Kampf gegen Ungleich-

207 heit niemals aus den Augen verlieren.

208

209 **Demokratisierung der Klimapolitik**

210 Rechte bieten autoritäre „Lösungen“ für die Klimakrise an.
211 Wir setzen dem Demokratisierung entgegen: Bürger*in-
212 nenbeteiligung in Klimafragen muss barrierefrei, mehr-
213 sprachig und intersektional organisiert sein. Der soge-
214 nannte globale Süden ist am stärksten mit den Auswir-
215 kungen der Klimakrise konfrontiert, obwohl Staaten des
216 globalen Nordens mit ihrer klimafeindlichen Wirtschafts-
217 weise deutlich stärker für die Klimakrise verantwortlich
218 sind. Alle klimabezogenen Gesetzesvorhaben müssen ver-
219 pflichtend auf ihre geschlechtsspezifischen und intersek-
220 tionalen Auswirkungen geprüft werden. Wichtige Maß-
221 nahmen wie die Mobilitätswende, klimagerechtes Bauen
222 und eine Stadtplanung, die auf die Klimakrise reagiert,
223 dürfen nicht zu Klimagentrifizierung führen und müssen
224 wohnungslose Menschen mitdenken.

225

226 Die Transformation zur klimaneutralen Säden muss im-
227 mer auch soziale Absicherung, Schutz vor Verdrängung
228 und faire Arbeit bedeuten. Stadtteile, in denen viele mar-
229 ginalisierte und von Armut betroffene Personengrup-
230 pen leben, haben eine schlechtere Infrastruktur,weni-
231 ger Grünflächen und sind stärker von Hitze betroffen.
232 Es braucht Klimainvestitionen in allen Untergliederungen
233 bezahlbare Energie- und Wasserversorgung, kostenfreien
234 ÖPNV und eine Klimapolitik, die nicht durch Gentrifizie-
235 rung neue Ungleichheiten schafft.

236

237 **Internationale Solidarität**

238 Die Klimakrise ist global, ihre Bekämpfung muss es auch
239 sein. Die Hauptverursacher der Klimakrise sind nicht die
240 Hauptleidtragenden, weshalb Millionen von Menschen
241 zur Flucht gezwungen sind – und trotzdem mit Ab-
242 schottung, Rassismus und Entrechtung konfrontiert wer-
243 den. Klimagerechtigkeit muss international gedacht wer-
244 den, beispielsweise durch dekoloniale und feministische
245 Klimapatenschaften, den Schutz von Klimaaktivist*in-
246 nen weltweit, der Unterstützung von feministischen und
247 queeren Klimaprojekten, der Begleichung von Klimaschul-
248 den und der uneingeschränkten Solidarität mit geflüchte-
249 ten Menschen.

250

251 Das Klima nicht den Faschos überlassen, heißt Klimapo-
252 litik als Projekt der Befreiung, Solidarität und Demokra-
253 tie zu gestalten. Gegen Rassismus, Klassismus, Sexismus,
254 Queerfeindlichkeit, Ableismus und weitere Diskriminie-
255 rungsstrukturen. Der Kampf gegen die Klimakrise ist im
256 Kern ein sozialistischer Kampf: Nur eine intersektionale,
257 solidarische und demokratische Klimapolitik kann verhin-
258 dern, dass ökologische Maßnahmen Ungleichheiten ver-
259 stärken.

